

Antrag 48/I/2021

**Unterbezirk Dahme-Spreewald,
Ortsverein Königs Wusterhausen
Der/Die Landesparteitag möge
beschließen:**

Empfehlung der Antragskommission

Annahme (Konsens)

Einheitliches Krisenmanagement in Berlin und Brandenburg

1 Die SPD-Landtagsfraktion und
2 die SPD-geführte Landesregie-
3 rung werden aufgefordert, ein
4 einheitliches Krisenmanage-
5 ment in Berlin und Brandenburg
6 künftig sicherzustellen.

7

8 **Begründung**

9 Die Corona-Pandemie zeigt, wie
10 wichtig ein einheitliches Krisen-
11 management ist. Insbesondere
12 fällt auf, dass die beiden Länder
13 Berlin und Brandenburg keine
14 einheitlichen Maßnahmen ge-
15 staltet haben, was zu kommuni-
16 kativen und realen Missständen
17 geführt hat. Zum Beispiel blieben
18 in Brandenburg die Fahrradlä-
19 den eine Zeit lang geschlossen,
20 in Berlin waren diese jedoch
21 geöffnet. Das führte dazu, dass
22 die Brandenburger*innen ihre
23 Fahrräder in Berlin kauften. Das
24 führte zu weiteren Pendlerbe-
25 wegungen, die insbesondere
26 bei der Eindämmung des Pan-
27 demiegeschehens zweckwidrig

28 erscheinen. Solche Beispiele
29 könnten für viele weitere Berufs-
30 und Alltagssituationen aufgezeigt
31 werden. Die unterschiedlichen
32 Maßnahmen im Rahmen der
33 Umgangsverordnungen irritieren
34 die Bürger*innen Brandenburgs
35 und Berlins, da sie nicht einheit-
36 lich gestaltet und kommuniziert
37 werden. Berufs-, Schul- und All-
38 tagpendler*innen müssen zwei
39 Verordnungen beachten, die
40 zudem kontinuierlich aktualisiert
41 werden.